

SACHSEN

"Professor" de Maizière hält Antrittsvorlesung an der TU Dresden

Sven Heitkamp



Foto: dpa Bundesinnenminister De Maiziere lehrt jetzt an der TU Dresden.

Dresden. Ausnahmezustand an der Technischen Universität Dresden: Vor dem Vorlesungssaal 38 des Gerber-Baus stehen Sicherheitsbeamte und Fotografen, die Führungsriege der Uni und selbst Ex-Ministerpräsident Kurt Biedenkopf zwingen sich in die schmalen Bänke zwischen mehr als 100 Studenten.

Auf dem Stundenplan steht die Antrittsvorlesung eines neuen Honorarprofessors für Staatsrecht an der Juristischen Fakultät. Der lapidare Titel: "Staatliches Handeln im Wandel der Zeit". Doch der Dozent elektrisiert: Thomas de Maizière, Bundesinnenminister und früherer Ressortchef in Sachsen. Sein Thema: Welche Aufgabe hat heute noch der Staat - und steht der Nationalstaat vor dem Aus?

Letztere Frage verneint de Maizière klar: Zwar drehe sich die Hälfte seiner Arbeitszeit mittlerweile um europäische und internationale Fragen. Doch apokalyptische Untergangsszenarien seien ebenso alt wie fehl am Platz. Der Nationalstaat bleibe unentbehrlich. Beispiel Internet: Der CDU-Minister verteidigt - anders als die FDP - das Festhalten an der Vorratsspeicherung von Verbindungsdaten. "Ich finde das nicht unzumutbar - im Gegenteil", sagt de Maizière. "Eine Mindestspeicherfrist ist Ausdruck der Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung." Auch die Vergabe von Autokennzeichen sei eine Form der präventiven Datensammlung, um etwa Bußgelder oder zivilrechtliche Ansprüche nach Unfällen durchzusetzen. Die Vorratsdatenspeicherung, die das Bundesverfassungsgericht in der alten Form gestoppt hatte, sei im übrigen ein "Fliegendreck" gegen die Bewegungs- und Geschmacksprofile, die große kommerzielle Anbieter wie Amazon oder Pizzadiensteiger von ihren Kunden erstellen.

Der Staat werde dabei immer mehr als Schützer von Daten gerufen. Allerdings warnt der Honorarprofessor auch davor, fragwürdige und kriminelle Entwicklungen im Internet mit immer neuen Gesetzen zu begegnen: "Nicht jede neuartige technische Entwicklung braucht ein neues Rechtssystem", sagt de Maizière.

Eine andere staatliche Aufgabe sieht er indes darin, die Integration von Zuwanderern zu fördern, damit sie an der Gesellschaft teilhaben könnten. Allerdings habe jeder Zuwanderer im Gegenzug auch die Pflicht, die Hilfe fördernd für das Gemeinwohl einzusetzen.

Dem 56-Jährigen, der nach wie vor in seiner Wahlheimat Dresden wohnt, war die Honorarprofessur von der Universität angetragen worden. Er will künftig mindestens einmal pro Semester eine staatsrechtliche Vorlesung zu aktuellen Fragen halten. Seine Bestellung sei "ein Glücksfall" für die Uni, meinte Prodekan Horst-Peter Götting. Die Fakultät könne sehr von de Maizières Kompetenz und politischer Erfahrung profitieren. Die Studenten dankten mit Beifall - und mit couragierten Fragen nach Afghanistan-Einsatz, Online-Durchsuchungen und dem Autoklau in Ostsachsen.

© DNN-Online, 21.10.2010, 10:08 Uhr